

Sandra Redmann, Serpil Midyatli und Detlef Buder:

FÖJ funkt SOS und braucht finanziellen Rettungsring

Zu der heutigen Anhörung im Umweltausschuss über Stand und Auswirkungen der von der Landesregierung beabsichtigten finanziellen Kürzung im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) sagen die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sandra Redmann, die jugendpolitische Sprecherin Serpil Midyatli sowie der Sprecher für den Nationalpark Wattenmeer, Detlef Buder:

Die Träger des FÖJ und die Synode der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche haben in Anwesenheit vieler FÖJlerInnen eindringlich die Auswirkungen der von der Landesregierung angekündigten Kürzung von ursprünglich 1,6 stufenweise auf 0,8 Mio. € dargelegt. Schon die für das nächste FÖJ-Jahr angebotenen 1 Mio. € konnten nur durch weitere Reduzierung des „Taschengeldes“ für die FÖJlerInnen, höhere Beiträge der Einsatzstellen und Personalkürzung bei den Trägern aufgefangen werden. Die Nordelbische Kirche hat trotz eigener Finanznot ihren Beitrag aufrecht erhalten. Selbst so können, wie wir von Anfang an befürchtet haben, nur noch 139 Stellen im FÖJ finanziert werden. Dies trifft besonders die kleinen finanzschwachen Einsatzstellen an der Westküste, die trotz hoher Spendenbereitschaft im Ehrenamt bereits auf den Einsatz von FÖJlerInnen verzichten müssen. Der Verweis auf die Einwerbung von Sponsoren, um die Kürzung aufzufangen, kann nicht kurzfristig, wahrscheinlich gar nicht helfen. Unser im Landtag beratener Antrag, das FÖJ mit seinen 150 Stellen dauerhaft und ausreichend zu finanzieren, ist daher nach wie vor wichtig.

Weiter wurde überzeugend dargelegt, welche große soziale, ökologische und touristische Leistungen vom FÖJ für Schleswig-Holstein erbracht werden. Dies wurde von keiner Seite in Zweifel gezogen. Wenn nun aufgrund der Finanznot des Landes Kürzungen in allen Bereichen vorgenommen werden sollen, darf das nicht überproportional im FÖJ erfolgen. Hier kurzfristig Geld zu sparen, gefährdet das FÖJ, schwächt den Kern der Jugendfreiwilligendienste und steht im Gegensatz zu den Zielen einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Politik. Das vom Land gesparte Geld würde im Gegenzug auf kommunaler Ebene durch soziale Leistungen erbracht werden müssen.

Den FÖJlerInnen, den Trägern und den Einsatzstellen steht durch die geplanten Kürzungen finanziell das Wasser bereits bis zum Hals, sie haben SOS gefunkt. Dieses Signal und der hohe persönliche Einsatz aller Menschen im FÖJ muss Wirkung zeigen: Weitere Kürzungen des Landes müssen gestoppt werden, das FÖJ braucht einen finanziellen Rettungsring.